

Inhalt:

Auf ein Wort.....	2
Schwerpunkte der Verbandsarbeit 2011/12.....	2
Zumessungsrichtlinien 2011/12.....	3
Verbände gemeinsam auf dem Weg.....	3
IBS-Tagung 2011.....	4
Die Berliner Schule und das Bildungs- und Teilhaberpaket.....	4
eGovernment@school lernt laufen.....	5
Erste Absolventen der Zertifizierten Ausbildung Schulleitung.....	6
Literaturtipp.....	7
Wahlversprechen unter der Lupe.....	7

Auf ein Wort



Harald Kuhn, Vorsitzender

Liebe Mitglieder,

in der letzten Ausgabe der b:sl konnten Sie unsere Stellungnahme zur Qualitätsoffensive des Senators lesen. Inzwischen liegt das Qualitätspaket in der Endfassung vor. Die Qualität eines geschnürten Paketes ist aber nicht nur an den Worten, sondern auch an den beigelegten Rahmenbedingungen zu messen. Betrachtet man dieses genauer, bleibt der Pegelausschlag klein.

Schulen, die aufgrund der sozialen Indikatoren (ndH/lmB) Sprachförderstunden erhalten, müssen ein Sprachförderkonzept erstellen und Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren benennen, die entsprechend qualifiziert werden. Das klingt gut und sinnvoll, aber woher kommt die Zeit, dies qualifiziert zu tun?

IBS fordert seit langem, Schulen mehr Zeit für Schulentwicklung zur Verfügung zu stellen. Der Senator lehnt dies bislang ab, weil er eine mangelnde Akzeptanz in der Öffentlichkeit dafür befürchtet.

Lässt sich das mit der zu entwickelnden Anerkennungskultur vereinbaren? Konzepte entwickelt und evaluiert man nicht nebenbei. Wer Qualität ernsthaft will, muss nicht nur Ideen benennen, sondern auch Ressourcen zur Verfügung stellen.

Der Senator lädt am 30. August 2011 erstmals alle neu ernannten Schulleiterinnen und Schulleiter zu einem Jahresempfang ein. IBS hat angeregt, den neuen Schulleiterinnen und Schulleitern in diesem Rahmen auch Gelegenheit zu geben, mit den verschiedenen Berufsverbänden in den Austausch zu kommen. Wir halten dies im Rahmen der Fürsorgepflicht des Senators für geboten. Haben doch Schulleiterinnen und Schulleiter in Berlin keinerlei personalrechtliche Vertretung. Eine Antwort des Senators steht noch aus.

Internes

Schwerpunkte der Verbandsarbeit 2011/12

Der IBS-Vorstand hat Schwerpunkte und Herausforderungen für die künftige Vorstandsarbeit diskutiert. Da der Vorstand des IBS ehrenamtlich arbeitet, ist eine Konzentration auf wesentliche Punkte unvermeidbar. Dabei einigten wir uns auf folgende Arbeitsfelder:

IBS Aufgaben und Arbeitsbedingungen von Schulleitungen und notwendige Unterstützungssysteme

IBS Inklusion und Veränderungen in der Berliner Schule

IBS Mittleres Management an Grundschulen

IBS Schulstrukturreform_ weitere Umsetzung und Folgen

IBS e-Government@school_Folgen für Schulleitungen

Wir werden Sie an dieser Stelle regelmäßig über den Arbeitsstand zu diesen Schwerpunkten informieren.

Liebe Mitglieder,
Fehlende Informationen sind ärgerlich, haben aber manchmal einen ganz einfachen Grund:
eine falsche oder alte eMailadresse.

Wenn Sie schon länger nichts von uns gehört bzw. gelesen haben, dann überprüfen Sie bitte, ob wir Ihre aktuelle Erreichbarkeit haben. Unsere Geschäftsstelle ist gerne für Sie da: Service@ibs-verband.de. Vielen Dank sagt Ihr IBS-Vorstand

Noch trennen uns vom Schuljahr 2011/12 die wohlverdienten Sommerferien. Der Vorstand des IBS wünscht allen Mitgliedern erholsame Ferientage. Tanken Sie viel Energie und lassen Sie den Schulalltag weit hinter sich.

Überfälliges

Neue Zumessungsrichtlinien 2011/12

Vor einem Jahr hat die Senatsverwaltung einen Keil zwischen die Ständigen Vertreterinnen und Vertreter der Grund- und Sonderschulen und denen der Sekundarschulen und der Gymnasien geschlagen. Während die Ständigen Vertreterinnen und Vertreter an den Sekundarschulen und Gymnasien seither dem Geist des Schulgesetzes folgend Leitungszeit in Abhängigkeit von der Anzahl der pädagogischen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt bekommen, bleiben für diese Funktionsstelle an Grund- und Sonderschulen weiterhin nur 4 Stunden Leitungszeit. Diese Ungerechtigkeit versteckte die Senatsverwaltung darin, bei den Grund- und Sonderschulen die Funktionsstelle durch den Amtstitel zu ersetzen.

IBS hatte umgehend, also noch während der Entwurfsvorlage, protestiert und Nachbesserung gefordert.

Es ist völlig inakzeptabel, dass auch nach einem Jahr dieser Keil weiter von der Verwaltung gepflegt wird!

Gemeinsames

Nachlese zur Veranstaltung IBS - VBE - Grundschulverband

Wird die Grundschule von den Reformen abgekoppelt?
am 12.04.2011, Kepler-Schule, Neukölln

Übereinstimmend wurde auf die wohl unstrittige Tatsache verwiesen, dass insbesondere in den letzten 10 Jahren die Aufgaben für die Schulleitung in erheblichem Umfang zugenommen haben. Als Ursachen wurden nicht nur die wachsende Selbständigkeit der Schulen und die damit einhergehende Verlagerung von Verantwortlichkeiten der Schulaufsicht wie auch der bezirklichen Schulverwaltung auf die Schulen genannt. Auch nehme die Gesellschaft vorwiegend die Grundschule immer mehr für Pflichten in Anspruch, die ehemals nicht zu den Aufgaben von Schule gehörten wie außerunterrichtliche Betreuung und, neuerdings infolge des beschlossenen „Bildungspakets“, Organisation von Nachhilfe etc. Verwaltungsarbeit beeinträchtigt in nicht mehr hinnehmbarem Umfang die originären Aufgaben der Pädagogen und stelle die Qualität der Arbeit infrage. Eine symptomatische Äußerung: „Schulleiter leiten nicht mehr die Schule und Lehrkräfte machen nicht mehr Unterricht.“

Eingehend wurde auch die Situation der Konrektoren dargestellt, die von der zunehmenden Verwaltungsarbeit besonders betroffen sind, was in keinem Verhältnis zu der ihnen dafür zur Verfügung stehenden Zeit steht. Um die Verwaltungsarbeit, die nur selten abgewehrt werden kann, zu bewältigen, wurden verschiedene Überlegungen angestellt. Begrüßt würde, wenn den Schulen eine Verwaltungskraft zur Verfügung stünde, auch geteilt zwischen mehreren Schulen, so wie in ferner Vergangenheit bei Gesamtschulen. Auch die - vom IBS schon lange geforderte - förmliche Aufwertung der Schulsekretärin zur Sachbearbeiterin könne ein Schritt in die gewünschte Richtung sein. Ohnehin müsse gefordert werden, die Deckelung der Sekretärinnenstunden auf 30 Stunden aufzuheben sowie Maßnahmen zu deren Qualifizierung durchzuführen. Wahrscheinlich seien Erfolge in dieser Frage erst zu erzielen, wenn die Schulsekretärinnen dienstrechtlich der Senatsschulverwaltung unterstellt würden.

Dort werde größeres Interesse an einem leistungsfähigen Schulsekretariat unterstellt als bei den Bezirken.

Auch in Grundschulen müsse ein mittleres Management eingerichtet werden. Es sei

z. B. nicht einzusehen, warum pädagogische Koordination nur in Oberschulen nötig sein sollte. Wie eine stringente Bezeichnung der Konrektoren als „Ständige Vertreter“ des Schulleiters sei auch die Abkehr von den Begriffen „Anrechnungsstunden“ bzw. „Ermäßigungsstunden“ überfällig. Mit dem – fast schon überall anerkannten – Berufsbild „Schulleiter“ müsse auch die Verwendung des Begriffs „Leitungszeit“ einhergehen. Diese sollte in einem Stundenpool an die Schule gegeben werden.

Einigkeit bestand in der Überzeugung, dass Fortschritte nur zu erzielen seien, wenn auf die Verwaltung und die politischen Entscheidungsträger beständig und von allen Seiten Druck ausgeübt werde. Erfolgversprechende Beispiele wurden genannt. In Tempelhof-Schöneberg hätten die Grundschul-Konrektoren eine Aufstellung über die in den letzten 10 Jahren veränderten Belastungsfaktoren erstellt und damit in einem Schreiben an den Schulsenator, Zöllner, ihre Forderung nach Entlastung begründet. Die kürzliche Äußerung von Ltr. Abt. I, Laube, er halte „eine höhere Unterrichtsstundenentlastung für Konrektoren an Grundschulen für dringlicher“ als eine Altersentlastung für Lehrkräfte würde man als Erfolg sehen. Aus Mitte wurde berichtet, dass, nach den in der Öffentlichkeit bekannten Protestschreiben, sich Zöllner endlich zu einer Zusammenkunft und Erörterung der vorgebrachten Kritik bereit gefunden habe und von der Anwesenheit aller Schulleiter des Bezirks beeindruckt gewesen sei.

Die Vertreter der veranstaltenden Verbände kündigten eine Zusammenarbeit zur Durchsetzung von Verbesserungen für die Grundschule an. - Ju

Länderübergreifendes

Norddeutscher Schulleitungstagschulverband

Wir haben uns in den letzten 20 Jahren auf den traditionellen IBS-Herbsttagungen mit Entwicklungen aus Bildungswissenschaften und –politik auseinandergesetzt. Natürlich geschah dies immer mit dem Blick auf die Berliner Landespolitik.

Das sind nicht nur 20 Jahre Herbsttagung, sondern auch 20 Jahre Entwicklung in der Berliner Schule, in der eine Reform die nächste jagte, sich das Berufsbild der Schulleitungen grundlegend verändert hat, ohne dass jemand etwas für uns getan hat.

Wir als IBS-Vorstand sagen entschieden: Es ist genug!

Wer starke Schulleitungen will, der muss ihnen nicht nur vom Gesetz her Handlungsrechte und –pflichten geben, sondern der muss ihnen auch die Möglichkeit geben, entsprechende Energien zu schöpfen.

Diese Idee reifte nicht nur in unseren Köpfen, sondern auch in denen des Vorstandes der Schulleitungsvereinigung Mecklenburg-Vorpommern. Die Mecklenburg-Vorpommer waren schon einen Schritt weiter und hatten die Idee für einen Referenten..., der das Budget eines einzelnen Landesverbandes sprengen würde. Was lang näher als gemeinsame Ideen gemeinsam weiter zu verfolgen? Wo Zwei die Köpfe zusammen

stecken, sind weitere nicht weit. Das ist auch bei Schulleitungsverbänden nicht anders, erst recht nicht, wenn dies im Rahmen der gemeinsamen Arbeitstagung des Dachverbandes geschieht. Inzwischen sind drei Landesvorstände im gemeinsamen Boot und zwei weitere Landesvorstände verfolgen die Fahrt interessiert.

Ziel ist der 1. Norddeutsche Schulleitungstag am 28. September 2011 in Neuruppin. (vgl. ganzseitige Information auf der Umschlagseite). Mit dem Tagungsort Neuruppin ist nicht nur eine wunderschöne Tagungsstätte (die ehemalige Pfarrkirche, jetzt Kulturkirche) gefunden worden, sondern auch ein Ort, der von Berlin via Regionalbahn (von dort ist der Tagungsort zu Fuß gut zu erreichen), aber auch über die A24 gut zu erreichen ist. Eines ist sicher: Es gibt viel, viel weniger rote Ampeln oder Bahnstopps als bei einer Fahrt innerhalb des Stadtgebietes. Damit ist der Wegezeitaufwand für viele nicht wirklich größer als innerhalb Berlins.

Im Jahr 2012 sehen wir uns dann gestärkt wieder zu einer berlininternen IBS-Herbsttagung. Sie haben Themenwünsche? Dann schicken Sie eine eMail an service@ibs-verband.de.

Verfehltes

Das Bildungs- und Teilhabepakt und seine Folgen

Kinder aus Familien, die von Transferleistungen leben, sollen bessere Bildungschancen erhalten. So will es das Bildungs- und Teilhabepaket.

Dass in Berlin Kinder aus Familien, die von Transferleistungen leben, häufig schlechtere Bildungschancen haben als Kinder aus anderen Familien wurde in den PISA-Auswertungen immer wieder beklagt.

Also könnten wir doch alle ein Stückchen zufriedener sein. Wenn da nicht allzu viel Ungeklärtes und Widersprüchliches wäre... Und die Schulen, konkreter wir Schulleitungen mitten drin!

Keine Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ohne den neuen Berlinpass – nur die Leistungsstellen tun sich mit dem Berlinpass schwer. Erst war er noch nicht gedruckt, dann verwenden Leistungsstellen ständig wechselnde Formulare. Eltern sollten auf einigen Fassungen für Lernförderung bzw. für die Finanzierung der eintägigen Schulausflüge die Bankverbindungen der Schule angeben usw.. Da bleiben auch aktuelle Klassenfahrtfinanzierungen auf der Strecke. Schulleitungen werden unglaublich, weil Eltern annehmen, sie würden durch Schulleitungen falsch beraten.

Anders als von anderen Landesverbänden im ASD berichtet, sind wir Berliner Schulleitungen ja aufgefordert, Kooperationen mit Trägern von Lernförderung einzugehen. Auch hier wurden wir Schulleitungen auf den Weg geschickt, um dann mit erheblichem Zeitverzug konkretere Rahmenbedingungen benannt zu bekommen. Wieder waren engagierte Schulleitungen diejenigen, die sich ggf. unglaublich gemacht haben, weil sie Aussagen gegenüber potentiellen Kooperationspartnern korrigieren mussten.

Im Bildungs- und Teilhabepaket heißt es im Bereich Lernförderung, diese solle helfen, wesentliche Lernziele zu erreichen. Besser wäre es wohl, zu formulieren, es sollen grundsätzliche Lernziele erreicht werden. Doch wer nun glaubt, dass Kinder von betroffenen Familien Unterstützung widerfahren, damit eine bessere Schullaufbahnpflicht ausgesprochen werden kann oder damit ein besserer Durchschnitt und damit eine größere Chance auf Aufnahme in der Wunschschule erreicht werden kann, der irrt gewaltig. Wer erklärt dies den betroffenen Eltern? Natürlich wieder wir als Schulleitungen.

Ebenso ungeklärt ist der Ausgleich der Mehrarbeit, die in den Sekretariaten anfällt. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist für die Kinder eine richtige und wichtige Entscheidung. Die Umsetzung in Berlin zu erheblichen Lasten der Schulen ohne jeden Ausgleich ist für Schulleitungen ein Schlag ins Bemühen, Qualität zu sichern und weiter zu entwickeln. Schulen sind seit langem an der Grenze der Belastbarkeit. Hier immer eins drauf zu setzen, insbesondere auch mit Aufgaben, die mit dem eigentlichen Auftrag von Schule nicht wirklich etwas zu tun haben, zeugt von der mangelnden Würdigung der Leistungen der Berliner Schule.

Ärgerliches

eGovernment@school lernt laufen - mit stolpern

In der Ausgabe 04/2010 berichteten wir von dem Stand des Projektes eGovernment@school. Wir versprachen Ihnen, Sie über den weiteren Fortgang zu informieren. Im letzten Heft konnten Sie dazu nichts lesen. Nicht weil wir es vergessen hätten, sondern weil die Verwaltung unter Verweis auf laufende Ausschreibungen zunächst keine weiteren Aussagen machen konnte oder wollte. Wir sollten umgehend Antworten bekommen – die bis heute ausstehen.

Betrachtet man die ursprünglich geplanten Zeitabläufe, so entsteht der Eindruck, dass das der gespannte Zeitfaden ins Schlingern gekommen ist. Was um jeden Preis eingehalten wird, ist der Teil, den Schulleitungen erbringen sollen. Die Servicekräfte bemühen sich, Schulleitungen hierbei zu unterstützen, können aber die Brüche im Vorfeld und den daraus resultierenden Bedarf bei Schulleitungen nicht angemessen auffangen.

Hier Beispiele von Stolperstellen, die Schulleitungen uns berichtet haben:

- Schulleitungen planen ihre Zeit, wann sie die statistische Bearbeitung der Schülerdatei erledigen wollen (schließlich sind Stichtage und Lieferzeiträume zu berücksichtigen und Statistkarbeit ist nun wahrlich nicht die Hauptbeschäftigung von Schulleitungen); geraten sie hier an eine Fragestelle und wählen die Nummer der Servicestelle, geraten sie nicht etwa ins Stolpern, nein sie werden am Weiterlaufen gehindert, weil völlig unklar ist, wann die Servicestelle Gelegenheit haben wird, die Frage zu klären...

Bleibt nur zu hoffen, dass Kollege Zufall immer zur Stelle ist, und Schulleitung auch in Telefonnähe sein kann, wenn der entsprechende Anruf kommt!

- Schulen werden schrittweise mit Rechnern für das Projekt beliefert; Liefertermine sind bekannt, Termine zum Einbinden der Rechner in vorhandene Systeme - Fehlanzeige...

Rückfragen im Schulamt ergeben ebenfalls völlige Unkenntnis, das einzige was dort bekannt ist, ist die Anzahl der zu liefernden Rechner ... Ist dann endlich ein Einrichtungstermin zustande gekommen, hat der freundliche Mitarbeiter keinerlei Informationen zu bestehenden und zukünftigen Strukturen. Wozu gab es dann das zeitaufwendige Erstaudit, wenn die Informationen versacken? Eine Einrichtung der verschlüsselten eMail auf den neuen Rechner, mindestens auf dem Rechner der Schulleiterin / des Schulleiters ist hierbei ebenfalls nicht vorgesehen. Die Mitarbeiter der Rechner liefernden und einbindenden Firma sind hierzu auch nicht eingewiesen. Dafür gibt es dann wieder die Servicestelle mit den bereits benannten Schwierigkeiten oder Schulleiterinnen und Schulleiter, die hierfür – teilweise erneut – Zeit aufwenden.

- Hunderte Schulleiterinnen und Schulleiter werden quer durch die Stadt geschickt, um die Zertifikatsschlüssel entgegen zu nehmen, für den sie mit ganz persönlichen Angaben quittieren müssen. Was geschieht wenn sie zu einem Lieferzeitpunkt abwesend sein müssen? Dann steht einer Weitergabe dieses Schlüssels an Vertreter natürlich nichts im Wege. IBS fragt sich, warum dann erst der Zwang zu persönlicher Freigabe von Daten oder warum dann nicht gleich auch ein Schlüssel für einen Ständigen Vertreter der Schulleiterin oder des Schulleiters.

- Die Schülerdatei und die entsprechenden Anleitungen werden fortlaufend verändert. So haben sich sicher unzählige Schulleiterinnen und Schulleiter „gefremdet“, dass sie die Daten aus der ersten Datenlieferung aus dem Herbst für die zweite Lieferrunde erst einmal anpassen mussten, da Spaltenüberschriften verändert bzw. neue eingefügt worden sind. Welch eine Zeitverschwendung, dies nun in hunderten von Schulen zusätzlich machen zu lassen...

- In den Anleitungen und Kennzahlzuordnungen stecken weitere Fehler – weitere Änderungen werden also zu erwarten sein.

Wir sind sicher, dass sich diese Auflistung fortsetzen ließe. Wenn Sie weitere Unzulänglichkeiten festgestellt haben, schicken Sie uns einfach eine eMail an service@ibs-verband.de. Je umfassender wir die Probleme benennen können, je eher gelingt es uns vielleicht ein Ende dieser Stolperstellen zu erreichen.

Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass das Projekt eGovernment@school ein lohnendes Projekt ist, das – wenn es dann funktioniert – Schulleitungen im Verwaltungshandeln deutlich unterstützen kann. Die Prozesse, die gegenwärtig laufen, sind jedoch inakzeptabel. Welches Wirtschaftsunternehmen würde es sich leisten, Führungskräfte in einem solchen Umfang mit aufgabenfremden Tätigkeiten zu beschäftigen und damit an der Wahrnehmung der eigentlichen Arbeitsaufgaben zu hindern?

Da mutet es schon merkwürdig an, wenn dann in einem Interview des Senators zu lesen ist, er habe lange die Rolle von Schulleitung verkannt. Schön wenn sie im Laufe der Amtszeit in den Blick geraten ist. Der hier beschriebene Alltag zeigt aus Sicht von IBS nur zu deutlich, dass hier an der Blickrichtung wohl noch weiter zu arbeiten ist.

Wie versprochen: Wir bleiben am Thema dran und berichten an dieser Stelle.

Erfolgreiches

Erste Absolventen der Zertifizierten Ausbildung Schulleitung

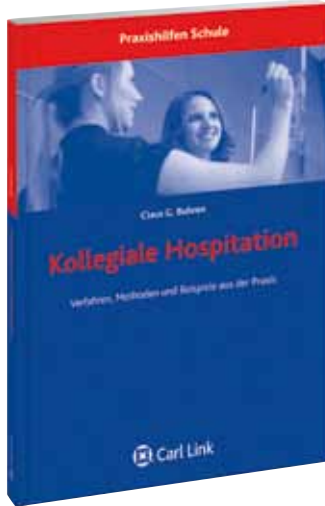
Als IBS die Zertifizierte Ausbildung Schulleitung ins Leben rief, hielt die zuständige Senatsverwaltung eine besondere Ausbildung von Schulleitungen für wünschenswert, aber eben nicht für zwingend notwendig. Eigene Schritte unternahm die Verwaltung, anders als nun im Qualitätspaket angekündigt, damals nicht. Sie begrüßte die Initiative und das Engagement des IBS und bestätigte anhand der vorgelegten Konzepte die Anerkennung der Ausbildung aus förderliche Qualifikation bei entsprechenden Bewerbungsverfahren.

Am 14. Juni 2011 war es nun endlich so weit – die ersten 14 Absolventen konnten ihr Zertifikat entgegen nehmen. Wir gratulieren allen erfolgreichen Absolventen herzlich und wünschen ihnen in ihrer Tätigkeit im Schulleitungsbereich viel Erfolg!



Absolventen der Zertifizierten Ausbildung Schulleitung: Angela Efinger, Simone Schützmann, Bianca Weller, Mirko Salchow, Heide L. Ruttman, Daniela Plümecke, Beatrice Mußmann, Antonia Pienkny, Antje Kretschmann, Christian Bobusch sowie Vertreter des IBS-Vorstandes: Astrid-Sabine Busse, Harald Kuhn, Heike König ebenfalls erfolgreiche Absolventen der Zertifizierten Ausbildung Schulleitung, jedoch nicht auf dem Foto: Eike-Kerstin Boldt, Mandy Fischer, Dr. Ulrike Schlicht, Andreas Steiner

Lesenswertes



Claus G. Buhren *Kollegiale Hospitation*
Verfahren, Methoden und Beispiele aus der Praxis
Carl Link Verlag, 2011
ISBN: 978-3-556-02506-2

Unterrichtshospitationen und Feedbackkultur

In dem Buch finden Sie neben bildungswissenschaftlichen Erkenntnissen zu Unterrichtshospitationen viele praktische Materialien und Anregungen.

Sich über den Unterricht an der eigenen Schule informieren, Lehrkräften ein entsprechendes Feedback zu geben und das Gesehene in die schulischen Qualitätsentwicklungsprozesse einzuordnen ist eine wesentliche Aufgabe von Schulleitung. Das Buch bietet Ihnen strukturierte, kriterien- und indikatorenbasierte Beobachtungshilfen, um Schwerpunkte praktikabel zu dokumentieren. Leider bietet der Verlag nicht den Service, die unzähligen Praxishilfen auch elektronisch zur Verfügung zu stellen. Ein Anpassen an die eigenen Bedürfnisse und Schwerpunkte wäre so noch leichter möglich.

Mit dem Buch erhalten Sie darüber hinaus Materialien und Anregungen, wie Sie kollegiale Hospitationen, aber auch Selbstreflexionen von Lehrkräften in Ihrem Haus etablieren können.

Wer weiterlesen möchte, der findet im Buch Internetlinks, die zu weiteren praktikablen Materialien führen.

Insgesamt verdient das Buch die Einordnung in die Verlagsreihe „Praxishilfen Schule“. Schauen Sie einfach mal rein.

Versprochenes

Fragen an die Fraktionen des Abgeordnetenhauses vor den Wahlen am 18. September 2011

Wie angekündigt haben wir die jetzt im Abgeordnetenhaus tätigen Fraktionen zu Eckpunkten in ihren Wahlaussagen und Tätigkeitsvorhaben in der kommenden Legislaturperiode befragt. Die Fragen, die wir den Fraktionen gestellt haben, finden Sie natürlich schon jetzt hier:

1. Im vergangenen Jahr hat die Sekundarschulreform erhebliche Aufmerksamkeit und Anstrengungen aller Beteiligten erfahren. Die vorangegangene Grundschulreform haben die Beteiligten in den Grundschulen mit erheblicher Kraftanstrengung ohne externe Unterstützungs- und Begleitsysteme zum Erfolg geführt. Welche Pläne haben Sie, um die derzeit bestehenden Nachteile an den Grund- und Sonderschulen auszugleichen?
2. Die Schaffung inklusiver Schulen stellt eine neue Herausforderung für alle in der aktiven Gestaltung der Berliner Bildung Tätigen dar. Welche konkreten Vorhaben haben Sie in diesem Themenkomplex? Wie wollen Sie die Rechte der Eltern als Entscheidungsträger für Ihre behinderten Kinder umsetzen? Welche Unterstützungen sollen Schulen auf dem Weg zur inklusiven Schule erhalten? Welche Zeiträume planen Sie dabei?
3. Die weitere Verbesserung der Qualität der Berliner Schule ist ein besonderer Schwerpunkt aller an der Bildungspolitik Beteiligten. Welche konkreten Pläne haben Sie in diesem Bereich?

4. Die Berliner Schule steht vor einer unübersehbaren Welle bevorstehender Pensionierungen. Wie wollen Sie diese Herausforderung der Ersatzeinstellung mit gut ausgebildeten Lehrkräften lösen? Wie wollen Sie insbesondere den sich abzeichnenden erheblichen Bedarf an zukünftigen qualifizierten Führungskräften in der Berliner Schule sichern?
5. Seit Jahren beklagen wir gemeinsam die gestiegenen Anforderungen an die Sekretärinnen in den Sekretariaten der Berliner Schulen im Vergleich zu den realen Ausstattungsgegebenheiten. Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes bindet im Sekretariat erneut Arbeitskapazität. Was gedenken Sie zu tun, um die Arbeitsfähigkeit der Schulsekretariate als Kommunikationszentrum im Zusammenwirken aller am Schulleben Beteiligten, einschließlich der Eltern zu sichern?

Wir sind gespannt auf die Antworten der Politiker und deren Umsetzung in der kommenden Legislaturperiode!

In letzter Minute

Wahlprüfsteine 2011 - Interessensverband Berliner Schulleitungen (IBS)

Antworten aus Sicht der CDU

Während der Schlussredaktion erreichte uns die Antwort der CDU. Lesen Sie selbst

Zu 1.

Als erste Aufgabe wollen wir die Rahmenbedingungen an allen Schulen verbessern. Nur mit ausreichendem Personal, modernen Lernmitteln und intakten Schulgebäuden kann gute Bildung funktionieren und eine Schulreform zum Erfolg geführt werden. Besonders bei den Sonderschulen gibt es einen eklatanten Lehrermangel der sofort behoben werden muss auch und gerade weil mehr Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf in der Inklusion erhalten sollen. Die Grundschulen brauchen unser besonderes Augenmerk, was hier versäumt wird, kann später nicht mehr aufgeholt werden. Es ist inakzeptabel, dass in der 5. und 6. Klasse bis zu 60% des Unterrichts nicht durch Fachlehrer unterrichtet wird und die Kinder dieser Schulstufen systematisch vom Ganztagsschulbetrieb ausgeschlossen werden. Der JÜL-Zwang muss abgeschafft (nicht nur angekündigt) und eine Sprachförderklasse vor Schuleintritt eingeführt werden.

Zu 2.

Im Zentrum der Umsetzung der UN-Konvention über Rechte behinderter Menschen muss im Bildungsbereich jedes einzelne Kind und damit die Organisation für dessen bestmögliche Förderung und seiner Entwicklung stehen. Qualitativ hochwertige Förderung gelingt bereits heute in den Förderschulen und den Regelschulen. Eltern müssen eine echte Wahlfreiheit haben. Als erster Schritt zur Umsetzung der UN-Konvention im Bildungsbereich müssen umgehend die Standards sonderpädagogischer Förderung unabhängig vom Lernort definiert werden. Dabei müssen alle Akteure, insbesondere Praktiker und Wissenschaft einbezogen werden. Um die Standards der sonderpädagogischen Förderung an allen Lernorten zu garantieren, muss der Förderbedarf eines Kindes weiter - und zwar schon vor Schuleintritt - festgestellt und auf dieser Grundlage der Personalbedarf der aufnehmenden Einrichtung berechnet werden. Grundlagen für die beste Förderung sind in erster Linie die Qualität und Quantität des pädagogischen Personals. Der Ausbau des Zugangs zu den Regelschulen bei bedarfsgerechtem Abbau von Förderschulen haben den Erhalt der Fachlichkeit als Gelingensvoraussetzung. In allen Bezirken sollen daher bis 2011/12 bisherige Förderschulen zu Förderzentren umgebaut werden und ein vollständiges Netzwerk zwischen Förderzentren und den allgemeinbildenden Schulen entstehen. Angesichts ständig steigender Zahlen des Integrationsbedarfes ist keine kostenneutrale Umsetzung der UN-Konvention denkbar. Der Senat muss umgehend den Finanzierungsbedarf zur Erreichung der Barrierefreiheit für die Bezirke, sowie die Mittel für das sonderpädagogisch qualifizierte Personal und den Umbau der Förderschulen zu Kompetenzzentren feststellen und einen Finanzierungsplan vorlegen, damit die Maßnahmen ab dem Schuljahr 2011 greifen können.

Zu 3.

Seit Jahren beklagen die Schulleiter und Lehrer in Brandbriefen die Missstände an ihren Schulen, ohne dass der Bildungssenator darauf reagiert. Es fehlt weiterhin an Lehrkräften, die Gebäude sind marode, pädagogische Reformen sind schlecht vorbereitet und ideologisch geprägt. Wir haben uns als einzige Fraktion beispielsweise immer wieder für eine langfristige Einstellungs politik ausgesprochen und sowohl Konzepte für ein neues Lehrer arbeitszeitmodell als auch ein moderneres Gesundheitsmanagement gefordert und vorgelegt. Wir sind der Auffassung, dass Berlin wieder zur Verbeamtung der Lehrer zurückkehren muss. Der Senat dagegen hat immer noch keine Antwort auf den Personal mangel gegeben. Für die Fülle neuer Aufgaben im Rahmen von Ganztagsbetreuung, E-Government, Lernmittelbefreiung usw. ist eine sachbezogene Ausstattung der Schulsekretariate sowie Poolstunden - Stunden für Aufgaben außerhalb des regulären Unterrichts - für einzelne Lehrer erforderlich. Dies muss für alle Schularten gelten. Nur so kann den Lehrern Zeit für ein Qualitätsmanagement gegeben werden.

Die Eltern und Schülerinnen und Schüler wünschen sich mehr Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit in der Bildung. Eine regelmäßige Überprüfung der Leistungen und die Gleichwertigkeit der Abschlüsse müssen deshalb ermöglicht werden. Es würde genügen auf allen Ebenen des Bildungssystems verbindliche Leistungsstandards vorzugeben - so, wie es von den Bundesländern für Grundschulen und die Sekundarstufe I bereits beschlossen wurde, aber in Berlin noch nicht umgesetzt worden ist.

Zu 4.

Kaum etwas ist einfacher planbar als die Personalpolitik im Schulbereich: Ich weiß welche Studienplätze ich habe und ich weiß wer in sechs Jahren ausscheidet. Im Kern muss jeder Lehramtsanwärter und Referendar übernommen werden, diese Zusage sollte man heute machen. Die Verbeamtung muss wieder eingeführt werden.

Zu 5.

Wir brauchen eine neue und damit zeitgemäße Arbeitsplatzbeschreibung. Jede Schule braucht mindestens eine volle Stelle, große Schulen mehr. Wir haben im Abgeordnetenhaus beantragt alle Schulen ordentlich auszustatten und nun auch die Schulsekretärinnen und Hausmeister in die Landesverantwortung zu nehmen.

Die Gegenüberstellung der verschiedenen Aussagen der Parteien finden Sie nach Eingang weiterer Antworten wie angekündigt auf unserer Homepage.